

MMV 10 / 2404

Vorlage



an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/4600 und 10/4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Hauptausschusses

Berichtersteller Abgeordneter Blumenberg SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -
wird mit nachstehenden Änderungen und Ergänzungen (im
übrigen unverändert) angenommen.

MMV 10 / 2404

Bericht

Der Einzelplan 02 wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 8. und 15. November 1989 beraten.

Personaltitel

1. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Streichung von 6 zusätzlichen Planstellen, da eine weitere Personalaufblähung nicht zu verantworten sei.

Die Fraktion der CDU beantragte, die neu ausgewiesene Planstelle der Bes.Gr. A 13 (h.D.) im Referat "Europapolitik" (Referat II B 2) zu streichen. Auch die neu ausgewiesene Planstelle der Bes.Gr. A 16 zur "Ressortkoordination Innen, Justiz" (Referat II A 5) sollte gestrichen werden.

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

2. Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Die Fraktion der CDU beantragte Streichung der neu ausgewiesenen Stelle der Ver.Gr. VIB BAT im Referat "Europapolitik" (Referat II B 2). Zur Begründung führte sie an, der Bedarf sei - wie auch hinsichtlich der Planstellen, deren Streichung sie soeben beantragt habe, nicht nachgewiesen. Anfallende zusätzliche Aufgaben könnten mit dem vorhandenen Personalbestand, ggf. durch Umschichtung, erledigt werden. Die zustimmende Haltung der Fraktion der CDU zur Erhöhung des Personalbestandes im Verbindungsbüro NRW in Brüssel sei hiervon unberührt.

Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Sach- und Investitionstitel

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

1. Titel 531 10 - Öffentlichkeitsarbeit

Hier beantragte die Fraktion der CDU die Kürzung des Mittelansatzes

von 2 672 200 DM

um 182 000 DM

auf 2 490 200 DM.

Sie hielt den Ansatz für überhöht. Die Mittel zur Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung sollten das doppelte der dem Landtag zur Verfügung stehenden Mittel nicht überschreiten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

2. Die CDU-Fraktion beantragte, im
Titel 526 60 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufgaben
den Ansatz von 200 000 DM zu streichen, da ein Bedarf nicht ersichtlich sei.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

3. Titel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 684 30 - Zuschuß für die Aufgaben der Landeskuraktorien Rheinland und Westfalen des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland"

Die CDU-Fraktion beantragte eine Erhöhung des Ansatzes
von 195 000 DM
um 80 000 DM
auf 275 000 DM mit der Zweckzuweisung:

Der Mehrbetrag ist dem Deutschlandpolitischen Bildungswerk zur Verfügung zu stellen.

Damit soll diese Einrichtung in die Lage versetzt werden, der derzeitigen politischen Entwicklung in der Bildungsarbeit angemessen Rechnung zu tragen. Die notwendigen organisatorischen Änderungen sollen im kommenden Jahr durchgeführt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Im Haushalts- und Finanzausschuß wäre zu prüfen, ob die hier zusätzlich ausgewiesenen Mittel im Kapitel der Landeszentrale für politische Bildung bei Titel 684 20 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit - zu etatisieren wären.

4. Titel 685 11 - Zuschuß für das NRW-Büro in Brüssel

Die CDU Fraktion beantragte, den Ansatz

von 965 000 DM

um 90 000 DM

auf 1 055 000 DM zu erhöhen.

Die zusätzlichen Mittel sollen zur Stärkung der Arbeit des Verbindungsbüros NRW in Brüssel dienen. Sie seien einzusetzen für Kontaktpflege (25 000 DM), Öffentlichkeitsarbeit (30 000 DM) sowie zur Betreuung von Besuchern (35 000 DM).

Dieser Antrag wurde bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

5. Titel 529 72 - Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen

Die SPD-Fraktion beantragte, den im Ergänzungshaushalt stehenden Mittelansatz in Höhe

von 5 000 000 DM

um 425 000 DM

auf 4 575 000 DM herabzusetzen.

Die Mittel in Höhe von 425 000 DM sind vorgesehen für die Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches. Diese sollen deshalb verlagert werden in den Einzelplan 07. Im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales soll eine entsprechende Erhöhung bei Kapitel 07 050 beantragt werden.

6. Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung
Titel 534 10 - Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung

Die SPD-Fraktion beantragte eine Erhöhung der Mittel um 100 000 DM für die verstärkte Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen.

Um nicht nur rechts- sondern auch linksextremistische Strömungen verstärkt zu beobachten, wollte die CDU-Fraktion den Mittelansatz

von 3 390 000 DM

um 200 000 DM

auf 3 590 000 DM erhöhen.

Dieser Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion SPD wurde bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion angenommen. Damit erhöht sich der Ansatz

von 3 390 000 DM
um 100 000 DM
auf 3 490 000 DM.

7. Titel 684 30 - Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen

Hier beantragte die SPD-Fraktion, den Ansatz in Höhe
von 24 050 000 DM
um 1 600 000 DM
auf 25 650 000 DM zu erhöhen.

Zur Begründung verwies sie auf einen von ihr im Haushalts- und Finanzausschuß zu stellenden Antrag zur Änderung von § 10 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes (pädagogische Mitarbeiter im Sinne des Weiterbildungsgesetzes).

M.M. 7/10 / 2404

Damit erhielten die Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft für durchgeführte Unterrichtsstunden nach § 24 Abs. 4 Satz 1 Weiterbildungsgesetz 22,50 DM. Die Erläuterungen zu Titel 684 30 müßten entsprechend geändert und um den wiedereingeführten Durchschnittsbetrag für die Zuweisungen zu den Teilnehmerkosten (3,-- DM) ergänzt werden. Für den Einzelplan 02 erfordert die Änderung des Haushaltsgesetzes eine Erhöhung des Ansatzes um 1,6 Mio DM.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion angenommen.

8. Titel 893 00 - Zuschüsse für den Bau und die Einrichtung von Häusern der Weiterbildung in anderen Trägerschaften, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen

Die Fraktion der CDU beantragte hier Mittel in Höhe von 400 000 DM zu etatisieren und eine Verpflichtungsermächtigung über 500 000 DM auszubringen.

Die Karl-Arnold-Stiftung benötige einen Kostenzuschuß in genannter Höhe für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen. Schwerpunkt der Sanierungsmaßnahmen sei die unabdingbare Renovierung der Gästezimmer in den Altbautrakten.

Die Abstimmung wurde auf Bitten der SPD-Fraktion zurückgestellt, da die Überlegung hierüber in der Fraktion noch nicht abgeschlossen wären. Gegebenenfalls soll der Antrag im Haushalts- und Finanzausschuß erneut eingebracht werden.

9. Titelgruppe 60 - Ausgaben des Europa-Beauftragten

Die Fraktion der SPD beantragte die Verlagerung der Ansätze dieser Titelgruppe nach Kapitel 02 020 Titelgruppe 61. Europa-Beauftragter der Landesregierung ist der Chef der Staatskanzlei. Durch die Verlagerung wird dieser Zusammenhang im Haushalt verdeutlicht. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen angenommen.

Prof. Dr. Farthmann
Vorsitzender

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

MMV 10 / 2404

Vorlage an den
Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags

- Anlage zu den
Vorlagen 10/ 2404
10/2405 und
10/2506 -

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1990

- Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei -
- Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
------------------	--	----------------------------------	-------------------------------	--------------------

Hinweis zu den einzelnen Titeln:

Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.

02 020

Allgemeine Bewilligungen

684 30

Zuschuß für die Aufgaben der Landeskuratorien Rheinland und Westfalen des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland"

(Verpflichtungsermächtigung unverändert)

195.000

+ 80.000

275.000

(Im HFA wäre zu prüfen, ob die hier zusätzlich ausgewiesenen Mittel im Kapitel der Landeszentrale für politische Bildung bei Titel 684 20 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit - zu etatisieren wären.)

685 11
TGr. 61

Zuschuß für das NRW-Büro in Brüssel
 Ausgaben des Europa-Beauftragten

965.000

+ 90.000

1.055.000

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Abweichend von §§ 61 Abs. 1 und 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen und Sonstiges Material an öffentliche Dienststellen und Institutionen, Schulen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen unentgeltlich abgegeben werden.

3. Aus den Mitteln können auch Geldpreise geleistet werden.

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

MMV 10 / 2404

W

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(02 020)	Sächliche Verwaltungsausgaben	-	+ 100.000	100.000
547 61	Zuschüsse zur Förderung und Vorbereitung des Europa-Gedankens	-	+ 100.000	100.000
684 61	Zuschüsse zur Förderung und Vorbereitung des Europa-Gedankens	-	+ 100.000	100.000
<u>Tgr. 72</u>	Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten (Haushaltsvermerke unverändert)			
529 72	Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen	5.000.000	- 425.000	4.575.000
<u>02 050</u>	<u>Landeszentrale für politische Bildung</u>			
534 10	Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung (Haushaltsvermerke und Verpflichtungsermächtigung unverändert)	3.390.000	+ 100.000	3.490.000
684 30	Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen <u>Änderung bzw. Ergänzung der Erläuterungen</u>	24.050.000	+ 1.600.000	25.650.000
	a) Fördersatz für durchgeführte Unterrichtsstunden nach § 24 Abs. 4 S. 1 WbG 21,- DM + 1,50 DM = <u>22,50 DM</u>			
	b) Wiedereinführung des Durchschnittsbetrages für die Teilnehmerkosten			

(Diese Änderung setzt einen entsprechenden Beschluß des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu § 10 Abs. 1 HG 1990 voraus.)

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(02 050)				
<u>TGr. 60</u>	<u>Ausgaben des Europa-Beauftragten</u>			
	Die Ausgaben des Europa-Beauftragten werden von Kapitel 02 050 Titelgruppe 60 nach Kapitel 02 020 Titelgruppe 61 (neu) verlagert.			
547 60	Sächliche Verwaltungsausgaben	100.000	- 100.000	-
684 60	Zuschüsse zur Förderung und Verbreitung des Europa- Gedankens	100.000	- 100.000	-
	<u>Abschluß Einzelplan 02</u>			
	Gesamteinnahmen	2.638.600	-	2.638.600
	Gesamtausgaben	118.257.700	+ 1.445.000	119.702.700
	Verpflichtungsermächtigungen	8.285.000	-	8.285.000